

Auslöschung der Wahrheit?

- Vertriebenenstiftung im Griff von Ideologen -

Rudi Pawelka – Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien NRW

Als der Bundestag Ende 2008 das Gesetz zur Einrichtung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ verabschiedete, wurde den Initiatoren des „Zentrum gegen Vertreibungen“ die Sorge um die Finanzierung des Projekts genommen. Fortan gibt es einen Titel im Bundeshaushalt. Dass damit das inhaltliche Anliegen auch in staatliche Hand kam, darin sahen nur wenige eine Gefahr. Man vertraute auf die Macht der Fakten, die Versprechungen der Politiker und auf die Kraft der Wahrheit. Die Einhegung der Geschichte der Vertreibung in staatliche Oberhoheit zeigt inzwischen jedoch, wie sehr die Erwartungen der Vertriebenen enttäuscht worden sind. Wir sind der Auslöschung der Wahrheit näher gekommen.

Wahrheit war schon früh auf der Strecke geblieben.

Gerade ist der Vertrag mit dem Direktor der Stiftung, Manfred Kittel, aufgelöst worden. Man fragt sich, warum dies nötig war, hatte doch Kittel in seinem Konzept bereits viele Leiden der Deutschen verharmlost, Tatsachen verfälscht und Taten anderer verschwiegen oder geleugnet. Die Toten der Vertreibung reduzierte er auf 600 000, er nannte die Vertreibung plötzlich Zwangsaussiedlung, verschwieg hunderttausende Tote unter den zivilen deutschen Zwangsarbeitern und ebenso die militärischen Interventionen Polens zwischen 1919 und 1938 in die Nachbarländer Sowjetunion, Litauen, Deutschland und die Tschechoslowakei. Vieles ließe sich noch hinzufügen. Wenn selbst drei polnische Wissenschaftler in einem Gutachten für ein Bezirksgericht von 60-80 000 Toten in polnischen Zwangsarbeiterlagern ausgingen, obwohl sie auch viele Taten bei der Vertreibung beschönigten, bleibt unverständlich, warum auf deutscher Seite diese Toten geleugnet werden.

Alle Vertreibungen in Europa sollen auf die NS-Politik zurückgeführt werden.

Die Vertreibung der Deutschen muss ein Schwerpunkt einer Dauerausstellung sein, darüber herrschte einmal Konsens. Wenn die Konzeption auch Vertreibungen anderer Volksgruppen aufgenommen hat, und das keineswegs nur als Randnotiz, so ist dies eine wichtige Ergänzung. Damit wird den Verfechtern der These von Ursache und Wirkung die Widersinnigkeit ihrer Ansicht vor Augen geführt: Verbrechen an Deutschen mit Verbrechen des NS-Staates aufzurechnen und damit die Schuld anderer zu relativieren. Finnen, die baltischen Völker, Ungarn, Italiener, aber auch Polen, später die Zyprer, hatten nichts mit den NS-Verbrechen zu tun, mussten aber dennoch Vertreibungen erleiden. An ihren Schicksalen wird klar, dass es andere Gründe für Vertreibungen gibt, nämlich Rassismus und Nationalismus, die sich immer dann Bahn brechen, wenn sich Gelegenheit dazu bietet. Die Degradierung der Vertriebenen zu Objekten der Aufrechnung ist zutiefst beleidigend. Den Verfechtern von Ursache und Wirkung ist wohl klar, dass ihre Theorie auf andere Volksgruppen nicht passt, deshalb werden alle Vertreibungen in Europa auf die NS-Politik geschoben.

NS-Politik verantwortlich für alle Vertreibungen in Europa.

Um die deutsche Tragödie nicht zu sehr in den Mittelpunkt zu stellen wird versucht, andere Geschehnisse in Europa einzubetten in eine Kausalkette, die mit dem Einmarsch in

Polen und den ethnischen Flurbereinigungen begann, die dann insgesamt in die europäische Leidensgeschichte führte. Nach diesem verqueren Weltbild ist die nationalsozialistische Politik sowohl Auslöser als auch verantwortlich für alle Vertreibungen in Europa. Also ohne den deutschen Impuls keine Verbrechen in anderen Ländern. Geschichte soll danach ein physikalischer Prozess sein, verantwortliches Handeln von Vertreibern wird ausgeblendet. Es verwundert darum nicht, wenn die linke „taz“ mit Blick auf die Vertriebenenstiftung am 24.10.2007 schrieb: „Bedenken bestehen wegen der Europäisierung des Vertriebenenschicksals und im 20. Jahrhundert eine neue Ideologie zu konstruieren. Mit ihr würden die Spezifika des ‘deutschen Weges’ und der damit verbundenen deutschen Verantwortung eingeebnet.“

Prominente Politiker schließen sich dem zwar nicht direkt an, jedoch reden sie - mit dem verengten Blick auf die deutsche Vertreibung - generell unter dem Aspekt von Ursache und Wirkung. Kanzlerin Merkel hat dies immer wieder deutlich gemacht, so am 22.10.2007 bei einem Festakt. Danach bleibt die Erinnerungskultur unverzichtbar, „und zwar natürlich in dem Bewusstsein der immer währenden Verantwortung Deutschlands für den im deutschen Namen begangenen Zivilisationsbruch des Holocaust während der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges. Am Ende schlug dieses nicht zu beschreibende Unrecht auf die Deutschen zurück.“

Kittels „Vergehen“ war, deutsche Alleinverantwortung nicht genügend berücksichtigt zu haben. Als endgültiger Auslöser für seine Demission kann auch gesehen werden, dass er eine Ausstellung einer griechischen Firma ohne rechtzeitige Unterrichtung des wissenschaftlichen Beirates gekauft hatte. Der erste Teil dieser Ausstellung über Vertreibungen in Europa befasst sich mit Deutschland und Polen. Kittel wurde heftig angegriffen und gebeten, den ersten Teil zu streichen. Der Vorgang war der Zündfunke für die Trennung.

Anpassung hat Kittel nichts genutzt.

Manfred Kittel galt immer als Wissenschaftler, der durchaus Sympathien für Vertriebene erkennen ließ. Bemerkenswert sein Ausspruch von der zweiten „geistigen Vertreibung“ der Vertriebenen. Seine Vorträge unterschieden sich allerdings in den letzten Jahren sehr von seiner Konzeption. Sicher war ihm immer bewusst, in welchem Zwiespalt er leben musste. In einem kleinen Kreis hatte ich ihn auf die vielen Fehler in der Konzeption hingewiesen. Er ging gar nicht darauf ein, sondern erging sich in allgemeinen Erklärungen wie mit dem Hinweis auf Angriffe von links. Klar war, dass er unter starkem Druck stand. Auch seine direkte Vorgesetzte, Staatsministerin Grütters, soll schon vorher zu erkennen gegeben haben, dass es Veränderungen geben soll. Keine Überraschung bei ihrer Sicht der Dinge. Laut „Tagesspiegel“ hatte sie im Sender RBB ausgeführt: „Bei der Realisierung des Zentrums müsse Vertreibung in ihrem historischen Zusammenhang gesehen werden, nicht isoliert. Ganz wichtig ist, dass wir Ursache und Wirkung nicht verwechseln, wenn wir als Deutsche über Flucht und Vertreibung nachdenken. Der Zivilisationsbruch des Dritten Reiches bleibe immer die Ursache und wird von niemandem in Frage gestellt.“

Ob die Staatsministerin bei dieser Einstellung einen Nachfolger ins Amt bringen wird, der dem Stiftungsauftrag noch halbwegs gerecht wird, bleibt zu bezweifeln.

Ausland darf nicht bestimmen, wie Deutsche gedenken sollen.

Zweifellos hat deutsche Versöhnungsbereitschaft vornehmlich in Polen und Tschechien nicht zu einer Öffnung, sondern vielfach auch zu Verhärtungen geführt. Die Personalie Krzysztof Ruchniewicz, Direktor des Willy-Brandt-Zentrums an der Universität Breslau, ist ein Beispiel dafür. Als Mitautor der Forschungsarbeit von Karol Jonca, Marek Maciejewski, Maciej Marszat, Mirosław Sadowski und Tomasz Scheffler zum Thema „Die Aussiedlung der Deutschen und die Ansiedlung der polnischen Bevölkerung im Raum Kreisau-Schweidnitz 1945–1948“ ließ er in den 1990er Jahren seine Unvoreingenommenheit gegenüber der Aufarbeitung der Vertreibung erkennen. An dem Werk gab es wenig auszusetzen. Ruchniewicz war auf meine Einladung mehrmals als Referent in Leverkusen und Düsseldorf. Es hatte sich ein Verhältnis des Vertrauens entwickelt. Ruchniewicz war auch einige Male zu Gast in meiner Wohnung. Er schenkte mir das vorgenannte Buch und ich übergab Jahrbücher der Universität Breslau aus einem Nachlass. Als 2004 der Kontakt abbrach, teilten mir Bekannte mit, dass er inzwischen Distanz wahrte. Diese Distanz offenbarte Ruchniewicz, als er im Februar 2011 gemeinsam mit anderen als Kritiker des Bundestagsbeschlusses zur Einführung eines Gedenktages für Vertriebene auftrat. In einer Erklärung wurde vor allem der Bezug zur Charta der Heimatvertriebenen moniert, weil dort nicht auf die Verbrechen der NS-Zeit eingegangen werde und das Wort Versöhnung nicht vorkomme. Bemerkenswert ist, dass Ruchniewicz dem wissenschaftlichen Beirat der Vertriebenenstiftung angehört und als ein starker Kritiker Kittels hervorgetreten ist. Wie berichtet wurde, stehen die beiden polnischen Vertreter in dem Beirat selbst unter Druck. Warschauer Zeitungen haben ihnen wegen ihrer Mitwirkung Verrat an der polnischen Sache vorgeworfen. Inwieweit auch Regierungen im Ausland Einfluss nehmen, ist mehr als eine Vermutung. Denken wir nur an den ehemaligen polnischen Außenminister Bartoszewski und seine Angriffe auf das Zentrum gegen Vertreibungen.

Gauck: Erinnerung an Vertreibung leugnet nicht den Nazi-Terror.

Nicht intellektuelle Unordnung und platte Formeln über Ursache und Wirkung dürfen über die Wahrheit obsiegen, sondern das würdige Gedenken an die Opfer der größten Vertreibung in Europa. Wer den Deutschen ein solches Gedenken bestreitet, sei erinnert an eine Aussage des heutigen Bundespräsidenten Joachim Gauck im Deutschlandradio am 31.08.2006: „Die (Anmerkung: Die Vertriebenen) haben dann ihre ganze Heimat verloren, und das kann man jetzt erinnern, ohne dass damit der Nazi-Terror oder auch die Schuld der Deutschen geleugnet würde. Das müssen wir erst mal lernen. Da gibt es auch Erinnerungsbesitzstände, die verteidigt werden von Menschen, denen daran liegt, ihre Deutungshoheit über die Geschichte zu behalten. Da müssen wir an den Fakten orientiert und an der Wahrheit orientiert offen sein auch für das Leid von Menschen aus unserem eigenen Land.“

8. Januar 2015